

Liebe Mitbürgerinnen und
Mitbürger!

Elmshorn, den 3. Februar 2006

Vor einigen Tagen ist unser
Altbundespräsident, der gro-
ße Sozialdemokrat Johannes
Rau verstorben. Wie viele
andere Menschen auch emp-
finde ich tiefe Dankbarkeit
gegenüber seiner Lebensleis-
tung und erinnere mich vol-
ler Sympathie und Bewunde-
rung an seine Bürgernähe,
Menschlichkeit und Geradli-
nigkeit. Am Dienstag werde
ich am Staatsakt zur Trauer
für Johannes Rau im Deut-
schen Dom in Berlin teil-
nehmen, stellvertretend für
die Sozialdemokraten und
ihre Wählerschaft im Kreis
Pinneberg und viele Men-
schen über die Parteigrenzen
hinaus, die Johannes Rau
geschätzt und respektiert
haben.

Eine Grundüberzeugung von
Johannes Rau richtete sich
auf den selbstbewussten und
eigenständigen Parlama-
ntarier. Ganz in diesem Sinne
möchte ich deshalb verdeut-
lichen, für welche Positionen
ich mich in und mit meiner

Partei, der SPD, in einem zentralen Bereich unserer Politik, der Sicherung von Arbeitnehmerrechten und dem Erhalt der sozialen Marktwirtschaft, aktuell einsetze.

1) Ein starkes und einiges Europa ist gut und unverzichtbar. Aber die Rechte der Arbeitnehmer müssen hierin gewahrt bleiben. Die SPD steht deshalb gegen Sozialdumping und den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Der erfolgreiche Kampf der Hafenarbeiter war bereits ein erster großer Sieg. Die Auflösung von nationalen Arbeitgeberpflichten durch die Dienstleistungsrichtlinie muss genauso verhindert werden. Die SPD kämpft hier mit. Wir sind bei den großen Demonstrationen im Februar dabei.

2) Auch wenn die Kapitalisten und Manager in den Großkonzernen und vielen Unternehmen es gerne anders hätten: Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Betriebsräte und Gewerk-

schaften werden immer wichtiger, für alle! Auch in Uetersen wird am Beispiel der Stora Enso deutlich, wie notwendig eine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist. Für den Schutz von Arbeitnehmeransprüchen, für den Interessenausgleich, für die betriebliche Planung und Weiterentwicklung. Was hier in Deutschland gewachsen ist, muss jetzt auch auf Europa ausgedehnt werden.

3) Soziale Marktwirtschaft heißt auch, dass es keine marktbeherrschenden Unternehmen geben soll. Ich finde es deshalb gut, dass unsere Kartellbehörde wieder Zähne zeigt. Dass Springers Medienplänen Grenzen gesetzt wurde, freut die SPD. Die Regeln zur Zügelung des Kapitalismus müssen wieder schärfer werden. Mit einem besser abgestimmten Steuerrecht in Europa, mit der Bindung von Subventionen an Arbeitsplatzgarantien, mit Transparenz und Kontrollen auf dem wuchernden Kapitalmarkt.

4) Die Arbeitnehmereinkommen müssen wieder stärker wachsen. Spitzenrenditen z.B. bei den Banken oder bei der Stahlindustrie, die nur an die Manager und die Aktienbesitzer gehen, sind skandalös. Die Gewerkschaften haben Recht: Der Aufschwung bei den Gewinnen darf an den Arbeitnehmereinkommen genauso wenig vorbeigehen wie an den öffentlichen Haushalten. Nur so kommen wir auf einen Wachstumsweg, der auch Arbeitsplätze schafft.

5) Harte Wahrheiten, auch für die Arbeitnehmerschaft, müssen rechtzeitig ausgesprochen werden. Die Rente oder Pension mit 67 ist eine solche Wahrheit. Die Unternehmen stehen dafür jetzt auch in der Pflicht, ältere Mitarbeiter zu beschäftigen, die Belastung an den Arbeitsplätzen so einzurichten, dass auch Ältere dort noch arbeiten können und rechtzeitig für Fort- und Weiterbildung zu sorgen. Erst so wird ein Schuh daraus. Dafür muss jetzt gestritten werden.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Bundestagsabgeordneter der
SPD für den Kreis Pinneberg